

**Jutta Lehnert, Pastoralreferentin im Dekanat Koblenz, hat in einem Gastkommentar Stellung genommen zur Debatte um Kardinal Rainer Maria Woelki und den Machtmissbrauch in der katholischen Kirche.**

## „Ruft zum Austreten auf“

Die Frauen sind die Guten, die Männer kriminell. Jutta Lehnert ist eine Frau und ruft zum Austreten aus der römisch-katholischen Männerkirche auf. Konsequenterweise sollte sie auch ihr Mandat als Pastoralreferentin zurückgeben. Seit Jahr und Tag verdient sie mit ihrem Job in dieser Kirche gutes Geld. Das ist schon eine merkwürdige Firma, die Leute dafür bezahlt, in Wort und Tat den eigenen Laden kaputt zu machen.

Frontal den Chef anzugreifen, ist anderswo ein glatter Grund zur Abmahnung. Trägt Jutta Lehnert konstruktiv etwas zur Sache bei? Sieht sie den Balken vor dem eigenen Auge, oder sitzt sie nur selbstgewiss auf dem hohen Ross der theologischen Besserwisserei? Die Religionsphilosophin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz ruft uns große katholische Frauen in Erinnerung, die sich leidenschaftlich und intellektuell brillant ins Lehrgebäude der Kirche eingetragene haben, und nennt namentlich unter anderem Mary Ward, Dorothy Day, Teresa von Avila und Hildegard von Bingen. Und sie wundert sich, dass existenzielle Frauenprobleme von Theologinnen wie Jutta Lehnert eher selten angesprochen werden: Mädchen werden pränatal getötet, das Muttersein wird madig gemacht, die Tötung ungeborener Kinder wird zum Menschenrecht stilisiert, Kinderpornos werden vermarktet, und Frauen müssen sich als Leihmütter verdingen.

Warum die Fixierung auf amtliche Machtpositionen? Ich stimme Frau Lehnert zu: „Die Kirche erwacht in den Seelen“, wie es der Philosoph Romano Guardini sagte, und Christus ist überall zu finden. „Komm Herr Jesus, sei unser Gast“, beten wir vor dem Essen. Warum sollte man aber familiäre Mahlfeiern sakralisieren? Meine Kinder haben auch gerne Messe gespielt mit Backoblaten und Schneebesen, aber sie sind nun aus dem Trotzalter heraus.

Michael Kremer, Koblenz

## „Muss sich radikal ändern“

Bischöfe und Priester werden von den Gläubigen meist hochverehrt. Sie sind die Oberen und legen die

Bibel aus. Die Gläubigen sind Untertanen wie im alten Römischen Reich. Diese Kombination gibt selbst denjenigen Macht, die nicht darauf versessen sind. In vielen Fällen wird die Macht nicht nur ge-, sondern auch missbraucht, offensichtlich oft auch mit großem Genuss.

Fehler werden vertuscht, die Gläubigen und die Öffentlichkeit belogen, insbesondere in den schlimmsten Fällen wie Kindesmissbrauch. Der äußere Heiligenschein ist wichtiger als das oft lebenslange Leid der Menschen, die als Kind missbraucht wurden. Kardinal Woelki ist das beste Beispiel dafür. Er wusste ja von nichts. Das alles wussten nur die Männer seiner engsten Umgebung und sein verstorbener Vorgänger, dessen Geheimsekretär er war.

Und diese Vertuschung geht schon mehr als tausend Jahre so. Diese Kirche muss sich radikal ändern. Drinbleiben ist nur möglich, weil es viele gibt, die den Glauben Jesu und seiner Anhänger weitertragen.

Paul Adrian, Vallendar

## „Kirche wird bedeutungslos“

Da muss man Frau Lehnert vollständig recht geben. Die Katholiken sollten aktiv bleiben, etwa in alternativen Wortgottesdiensten. Kirchenaustritt aus Protest stärkt nur die stockkonservativen Kreise. Der überwiegende Teil der noch verbliebenen Gläubigen wünscht aber eine aufgeschlossene lebensbejahende katholische Kirche, die den Ballast von Machtmissbrauch und Unterdrückung während fast 2000 Jahren nun endlich hinter sich lässt.

Jesu von Nazareth hat vorgelebt, wie christliche Nächstenliebe in Bescheidenheit und Brüderlichkeit umzusetzen ist. Die Amtskirche muss auf diese Basis zurückgeführt werden, sonst droht ihr wirklich die Bedeutungslosigkeit, wenn nicht der Untergang.

Peter Wings, Koblenz

## „Tragfähiges Gegenmodell“

Jutta Lehnert hat recht: Die Zeit der Priester und Bischöfe ist vorbei. Was mir an ihrer Analyse fehlt, ist

ein tragfähiges Gegenmodell. Unabhängige Bibelgruppen und Mahlfeiern sind gut, aber nicht ausreichend. Es braucht auch künftig Lehre, Forschung, Gemeinde und Leitung. Wie könnte das aussehen? Hier (m)ein Vorschlag, angelehnt an das juristische und/oder das pädagogische Studium:

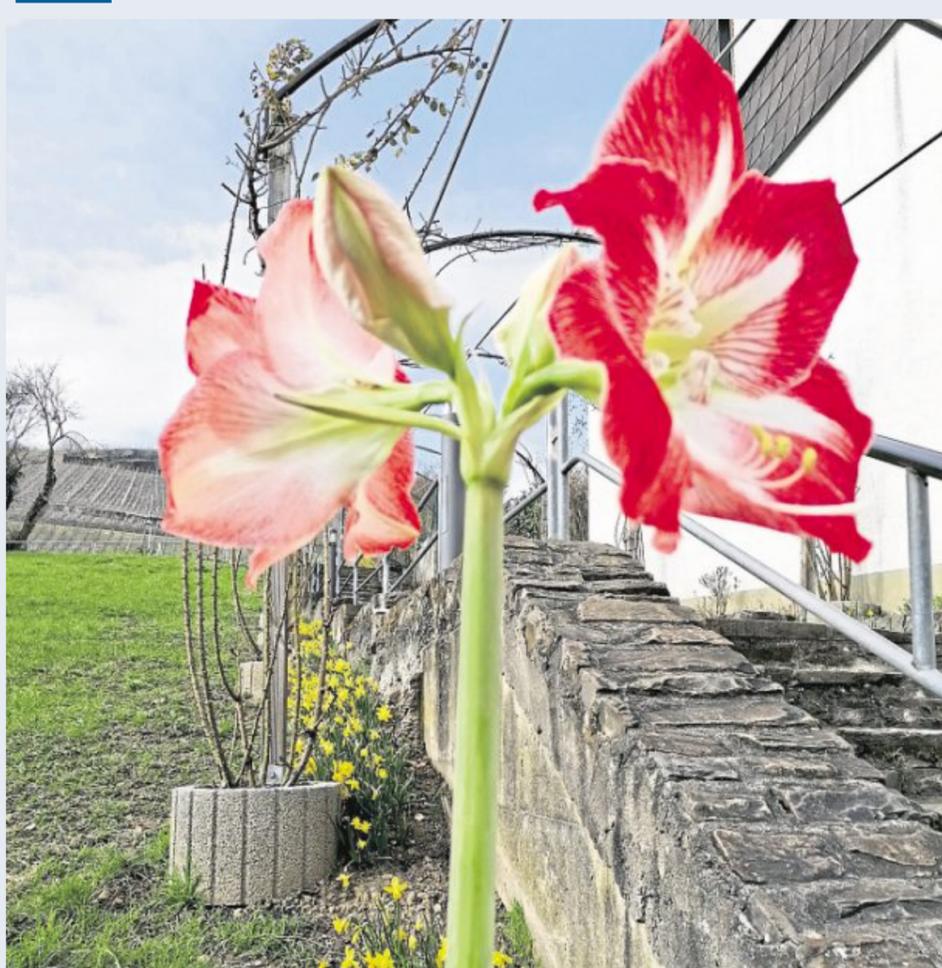
Frauen, Männer, Diverse studieren an der Universität Theologie und legen nach einigen Jahren ein erstes Staatsexamen ab. Sie sind dann in bestimmten, noch fest-

zulegenden Bereichen einsetzbare Theolog\*innen. Daran schließt sich (fakultativ) ein Referendariat an, das über zwei, drei Jahre zu einer Vertiefung im künftigen Berufsgebiet wie Seelsorge, Bildung, Jugendarbeit, Gemeindeleitung, Kirchenverwaltung führt. Nach einem zweiten Staatsexamen bewerben sich die so ausgebildeten Theolog\*innen auf ausgeschriebene Stellen und werden von Gemeindegliedern und/oder zuständigen Berufskollegien auf die kon-

krete Stelle gewählt und ernannt, nicht geweiht. Eine Wiederwahl ist möglich, in höheren „Ämtern“ allerdings auf ein- oder zweimal begrenzt. Diese Vorstellung (Vision) begleitet mich schon seit einiger Zeit. Die „unbelehrbaren Kirchenmänner“ (so Jutta Lehnert zu Recht) werden sich solchen Ideen verschließen. Aber wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir der klerikalen Hierarchie eine funktionsfähige Alternative entgegensetzen.

Michael Kaltenbach, Koblenz

Leserfoto



### Amaryllis schießt in die Höhe

„Von einem Spaziergang durch Winnigen sende ich dieses Foto. Die Amaryllis schießt in die Höhe mit einem 72 Zentimeter langen Stengel“, schreibt unsere Leserin Sieghilde Jost aus Winnigen. Wenn auch Sie ein schönes Bild für unsere Leserfoto-Rubrik haben, das wir auch auf Rhein-Zeitung.de und in sozialen Medien wie Facebook und Instagram nutzen können,

dann schicken Sie es mit ein paar Infos an die Lokalredaktion, August-Horch-Straße 28, 56070 Koblenz, E-Mail an [redaktion-koblenz@rhein-zeitung.net](mailto:redaktion-koblenz@rhein-zeitung.net) (Mindestauflösung: 300 dpi).

➔ Weitere Leserfotos finden Sie im Internet unter der Adresse [www.ku-rz.de/lesergalerie](http://www.ku-rz.de/lesergalerie)

**Ein Teil der Koblenzer Casinostraße wird in eine Fahrradstraße umgewidmet.**

## „Die Zeit ist reif“

Einen Teil der Casinostraße zur Fahrradstraße umzuwidmen, wäre ein kleiner, jedoch längst überfälliger und wichtiger Schritt in Richtung der dringend benötigten Verkehrswende in Koblenz. Jahrelang wurde der motorisierte Individualverkehr in unserer Stadt zulasten von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen mit all den hinreichend bekannten Risiken und Nebenwirkungen bevorzugt behandelt. Und es ist nun allerhöchste Zeit, dies sukzessive zu ändern.

Klimanotstand, Sicherheitsbedürfnis von Verkehrsteilnehmern ohne Airbag, ADFC-Fahrradklima-Test, eine vorzeigbare Radinfrastruktur zur Bundesgartenschau

2029 et cetera lassen grünen. Umso befremdlicher das Gegenargument, dass durch diesen winzigen Schritt noch mehr Autoverkehr auf anderen Strecken entstehe. Das ist sehr kurzfristig und nicht ganzheitlich zu Ende gedacht.

Ebenso unverständlich der Vorschlag aus der Politik, Kurzzeitparkbuchten für den individuellen Bring- und Abholdienst von Eichendorff-Schüler\*innen zu schaffen und damit den geplanten Radweg entlang des Friedrich-Ebert-Rings zu verhindern. Dann lieber gar nicht erst anfangen mit Fahrradstraßen, Radwegen und Co. und weiter fleißig Parkplätze für Autos bauen? Sicher nicht, denn

dies wäre die Missachtung des im August 2018 einstimmig vom Stadtrat beschlossenen Verkehrsentwicklungsplans 2030 als Teil des ebenfalls beschlossenen Klimaschutzkonzepts.

Deshalb meine Bitte an alle Beteiligten, den Plan bei zukünftigen Baumaßnahmen zu berücksichtigen und jetzt mit der Umsetzung zu beginnen, ohne Wenn und Aber. Die Einigung der Verwaltung mit dem Radentscheid Koblenz auf Grundlage der sieben Ziele des Bürgerbegehrens und der beiden Konzepte der Stadt Koblenz lässt darauf hoffen, dass dies nun konsequent passiert. Die Zeit ist reif.

Ralph Emmerich, Koblenz

**Ein Teil der Koblenzer Casinostraße wird in eine Fahrradstraße umgewidmet. Torsten Schupp (Wählergruppe Schupp) hat die Pläne kritisiert, da so nur mehr Autoverkehr entstehe.**

## „Schönere Vorstellung“

Herr Schupp (Wählergruppe Schupp) scheint die Verkehrswende noch nicht verstanden zu haben. Daher noch mal kleinschrittig: Autos stoßen viel CO<sub>2</sub> und Feinstaub aus. Das belastet die Umwelt und trägt zum Klimanotstand von Koblenz bei. Um den Ausstoß zu senken, muss man also den Autoverkehr verringern, das nennt man: Verkehrswende.

Dieser hat drei Hauptbausteine: mehr ÖPNV, bessere Fuß- und Radwege. Zurzeit fahren viele Menschen Auto, weil sie sich auf den Koblenzer Straßen mit dem Fahrrad nicht sicher fühlen

(ADFC-Test: Note 4,65). Wenn man diesen Umstand ändert, Fahrradfahren sicher und bequem gestaltet, wird sich das ändern. Menschen werden entdecken, dass Fahrradfahren Spaß macht, gesund ist, das Klima schont. Es werden mehr Menschen Fahrrad fahren mit der Konsequenz, dass weniger CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird, die Feinstaubbelastung sinkt und die Stadt schöner wird. Das zeigen die Zahlen aus allen Städten, die die Verkehrswende schon (teilweise) vollzogen haben. Vielleicht hat Herr Schupp es schon vergessen, deshalb eine Erinnerung: Der Verkehrsentwicklungs-

plan hat genau dieses Ziel. Dort sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen, dazu gehört auch die Fahrradstraße in der Casinostraße, aber auch Radwege und Schutzstreifen. Diesem Plan haben Sie zugestimmt und machen das jetzt rückgängig? Das spricht nicht für eine verlässliche Politik Ihrerseits. Rudolf Kahlenberg (CDU) möchte gerne, dass Eltern ihre Kinder weiterhin mit dem Elterntaxi bringen können. Ist es nicht eine schönere Vorstellung, dass das Fahrradfahren so sicher ist, dass man Kinder allein zur Schule schicken kann?

Beate Busch, Koblenz

**Der Leiter des Koblenzer Ordnungsamts hat in der RZ erklärt, warum Rechnungen für Hotelübernachtungen an Wohnungslose übermittelt worden sind.**

## „Noch Luft nach oben“

Die gesetzliche Grundlage für die Erstattung der Hotelkosten dürfte nun geklärt sein. Bei mir hinterlässt die Haltung des Ordnungsamts in dieser Sache dennoch einen faden Beigeschmack. Wie konnten so viele Menschen, wie auch ich, glauben, die Unterbringung sei eine für die Betroffenen humanitäre und kostenfreie Zuwendung zur Abwendung einer ihr Leben bedrohenden Notlage?

Die Wohnungslosen seien auf die ihnen entstehenden Kosten hingewiesen worden, heißt es seitens des Ordnungsamts. Aber vielleicht hätten sie dies wegen Trunkenheit nicht realisiert. Das erscheint mir fragwürdig. Dem Ordnungsamt konnte es wohl auch nicht daran gelegen sein, mit Nachdruck, etwa schriftlich, zu informieren und damit in Kauf zu nehmen, dass jemand auf Grund entstehender Kosten von der Inanspruchnahme eines Hotelzimmers Abstand nimmt.

Was wäre dann der „Plan B“ gewesen? An einen solchen glaube ich nicht, da es in der Wohnungslosen-Politik in unserer Stadt nicht einmal einen fundierten „Plan A“ gibt, oder etwa doch? Das Handeln gegenüber diesem Personenkreis reduzierte sich in der Vergangenheit im Wesentlichen auf die Strategie des Vertreibens von Aufenthaltsplätzen und allenfalls auf das Reagieren auf Beschwerden aus der Öffentlichkeit (siehe Sanitäranlagen am Bahnhof).

Es ist beklemmend, in welcher Weise hier ein Negativ-Image von

Menschen ohne Wohnung gefördert und damit deren Würde verletzt wird. War es in der Hotel-Angelegenheit wirklich bedeutend, sachdienlich und lösungsorientiert, dass einige Wohnungslose stark alkoholisiert und eingenäst waren und dass Dreck im Zimmer hinterlassen wurde? Was wird mit dieser Mitteilung bezweckt, abgesehen von Stimmungsmache gegen diese Personengruppe und gegen die Bereitschaft der Mitmenschen, Verständnis für diese und für Hilfen zu zeigen?

Einige Leserbriefe, die in diesem Kontext Kompetenzen und Leistungen der Bürgermeisterin Ulrike Mohrs hervorheben und sie desbezüglich mit Superlativen überhäufen, lösen bei mir eher ein mitleidiges Lächeln und „Fremdschämen“ aus. Bei aller Wertschätzung vieler Leistungen von Frau Mohrs und meinem Unverständnis für die Rücktrittsforderungen meine ich, dass ihre Einflussnahme auf die Förderung einer an christlicher Nächstenliebe und Wertschätzung orientierten Grund- und Arbeitshaltung gegenüber Wohnungslosen noch Luft nach oben hat.

Ekkehard Hameyer, Koblenz

### Ihr Kontakt zu uns

Rhein-Zeitung  
August-Horch-Straße 28  
56070 Koblenz  
Fax: 0261/892-397  
[redaktion-koblenz@rhein-zeitung.net](mailto:redaktion-koblenz@rhein-zeitung.net)  
[www.facebook.com/RZKoblenz](http://www.facebook.com/RZKoblenz)  
<http://twitter.com/RZKoblenz>

**Die Koblenzer Stadtratsfraktionen von SPD, Grünen und Linken schlagen vor, dass die Mosel in das Konzept des neuen Hallenbads eingebunden wird.**

## „Nicht für voll zu nehmen“

Auf den ersten Blick eine eigentlich gute Idee, die näher betrachtet eigentlich nicht für voll zu nehmen ist. Anstatt die Gelegenheit eines 50-Meter-Beckens als Wettbewerbsmöglichkeit für unsere Sportvereine zu nutzen, verschwendet man Gehirnschmalz für solche Alternativen. Haben die Stadtratsmitglieder sich eigentlich die Örtlichkeit in natura angesehen? Wissen diese überhaupt, wo das Hallenbad hinkommt? Waren denn jene Genies schon am unmittelbar gelegenen Radweg? Das vielleicht schon, jedoch sicher nur bei Tage. Denn wer morgens oder abends dort fährt, radelt im Dunkeln.

Was eventuell vorrangiger geplant werden sollte, ist zum Beispiel die Anbindung des Radwegs an das neue Stadtbad und die Möglichkeit einer ausreichenden Beleuchtung. Genau so sollte man jetzt erreichen, den Parkplatz für zahlende Menschen zu öffnen und nicht privatwirtschaftlichen allein das Feld zu überlassen. Diese unter anderem von der SPD vorgebrachten Gedanken ebenfalls zur Causa Garten Herlet befremden mich schon sehr. Nehmen diese Politiker das normale öffentliche Leben überhaupt noch wahr? Können selbst in der Kommune agierende, gewählte Volksvertreter überhaupt spüren oder nachempfinden, was uns, deren Wählern, wichtig ist?

Zudem sollte man auch nicht unterschlagen oder vergessen zu erwähnen, dass es auch den Freien Wählern zu verdanken ist, dass der Stadtbadbau mit Saunabetrieb doch etwas anders als zunächst behauptet ermöglicht werden kann. Ich bin gespannt, was unsere Parteien im Koblenzer Stadtrat noch so Schönes für uns vorhaben. Letzten Endes, um unsere Stadt noch schöner zu machen.

Jürgen Müller-Seith, Koblenz

**Seit einigen Wochen wird im Koblenzer Impfzentrum auf dem Oberwerth gegen Corona geimpft.**

## „Umfangreicher Papierkrieg“

Nach der Impfung im Impfzentrum Oberwerth möchte ich einen Vorschlag zur bürokratischen Vereinfachung machen. Schon die zehnstufige schriftliche Aufklärung, die behördlicherseits dem Impfling zugesandt wird, muss dieser erst mal lesen und auch verstehen können. Sie dient lediglich der totalen Absicherung der Bürokratie, um diese künftig von jeder Verantwortung zu entheben. Es folgt dann ein ebenso umfangreicher Papierkrieg mit vielfach abzugebenden unterschriebenen Einzelerklärungen, die sämtliche juristische Nachwehen ausschließen sollen. Es fehlt die Feststellung, dass der Staat bei gravierenden Impfschäden die Verantwortung übernimmt. Ich schlage daher eine einmalige Einverständniserklärung vor: „Der Unterzeichner ist bereit, sich impfen zu lassen. Er ist sich bewusst, dass es durchaus zu negativen Folgen kommen kann. Zum Wohl der Gesamtgesellschaft ist er bereit, diese Risiken einzugehen. Ich vertraue auf die Verantwortung des Staates, im Falle von Impfschäden.“

Albrecht Dinkel, Brey

**Ecki hat die Abschlepppraxis der Stadt Koblenz gegenüber Falschparkern kritisiert.**

## „Das ist nicht bürgerfreundlich“

Uns ist es in Lay genauso ergangen wie Ihrem Kumpel. Jahrzehnte hat das Ordnungsamt das Parken gestattet, und plötzlich wurden ahnungslose Bürger ohne jeden Hinweis zur Kasse gebeten. Bürgerfreundlich ist das nicht. Es wird Zeit, dass das „Räubertum“ des Ordnungsamts ein Ende findet.

Ursula Peters, Koblenz